

Inhaltsübersicht

Abkürzungen	XIII
A. Einleitung	1
B. Einführung in das Thema	7
I. Geschichte des Personalvertretungsrechts in den Sparkassen.	7
II. Verfassungsrechtliche Grundlagen und Grenzen der Mitbestimmung	9
III. Gesetzgebungskompetenzen	21
IV. Arten der Mitbestimmung	23
V. Gang der Untersuchung	24
C. Vergleich zwischen dem Landespersonalvertretungsgesetz Nordrhein-Westfalen und dem Betriebsverfassungsgesetz	25
I. Begriffsbestimmungen	25
II. Grundlegende Unterschiede zwischen den Personalvertretungsgesetzen und dem Betriebsverfassungsgesetz .	41
III. Die Beschäftigtenvertretung	46
IV. Die Einigungsstelle	70
V. Kollektivvereinbarungen	77
VI. Tarifverträge	87
VII. Die Beteiligungstatbestände im Einzelnen	90
VIII. Die Beteiligungsverfahren	167
IX. Rechtsfolgen von Verstößen gegen Rechte der Beschäftigtenvertretung	194
X. Sanktionsregelungen	220
XI. Rechtsschutz	249
XII. Der Einfluss der Gewerkschaften	259
XIII. Ergebnis des Vergleichs	260
D. Gesamtergebnis	265
Literaturverzeichnis	269
Sachverzeichnis	289

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungen	XIII
A. Einleitung	1
B. Einführung in das Thema	7
I. Geschichte des Personalvertretungsrechts in den Sparkassen.	7
II. Verfassungsrechtliche Grundlagen und Grenzen der Mitbestimmung	9
1. Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip	9
2. Grundrechte	14
a. Grundrechtsfähigkeit der Sparkassen?	14
b. Grundrechtsfähigkeit der Personalvertretungen in Sparkassen	16
c. Grundrechtsfähigkeit der Beschäftigten	19
III. Gesetzgebungskompetenzen	21
1. Gesetzgebungskompetenz im Personalvertretungsrecht	21
2. Gesetzgebungskompetenz im Betriebsverfassungsrecht	23
IV. Arten der Mitbestimmung	23
1. Direktive/unternehmerische Mitbestimmung	23
2. Personelle/betriebliche Mitbestimmung	23
V. Gang der Untersuchung	24
C. Vergleich zwischen dem Landespersonalvertretungsgesetz Nordrhein-Westfalen und dem Betriebsverfassungsgesetz	25
I. Begriffsbestimmungen	25
1. Die Begriffe des Beschäftigtenvertretungsrechts	25
a. Dienststelle und Betrieb	25
b. Die Beschäftigten	27
c. Die Beschäftigtenvertretung/betriebliche Interessenvertretung	28
d. Leiter der Dienststelle und Betriebsinhaber	30
e. Der Grundsatz der vertrauensvollen Zusammenarbeit	31
f. Die Beteiligungsrechte	32
g. Die Beteiligungsverfahren	34
h. Die Maßnahme	35

i. Allzuständigkeit	36
j. Das Gruppenprinzip	37
2. Die Begriffe des Personalvertretungsrechts in Sparkassen.	38
II. Grundlegende Unterschiede zwischen den Personalvertretungsgesetzen und dem Betriebsverfassungsgesetz	41
1. Zur Auslegung der Personalvertretungsgesetze und des Betriebsverfassungsgesetzes	42
2. Zur gegensätzlichen Struktur der Gesetze	45
III. Die Beschäftigtenvertretung	46
1. Grundsätzliches zur Organisation der Beschäftigtenvertretung	46
2. Wahl der Beschäftigtenvertretung	49
3. Rechtliche Stellung der Mitglieder der Beschäftigtenvertretung.	50
a. Die rechtliche Stellung der Personalratsmitglieder	51
b. Die rechtliche Stellung der Betriebsratsmitglieder	51
4. Verschwiegenheitspflichten	52
5. Beschäftigte in leitenden Positionen.	54
a. Beschäftigte mit selbstständigen Entscheidungsbefugnissen in Personalangelegenheiten.	54
b. Leitende Angestellte	54
6. Geschäftsführung	55
7. Ausschüsse.	55
8. Gesamtpersonalrat.	56
9. Sprechstunden	58
10. Kosten	64
11. Freistellung	70
IV. Die Einigungsstelle	70
1. Die personalvertretungsrechtliche Einigungsstelle	71
2. Die betriebsverfassungsrechtliche Einigungsstelle	76
V. Kollektivvereinbarungen	77
1. Die Dienstvereinbarung	78
2. Die Betriebsvereinbarung	82
VI. Tarifverträge	87
VII. Die Beteiligungstatbestände im Einzelnen	90
1. Mitbestimmungstatbestände	91

a. Personalangelegenheiten	92
aa. Einstellung	92
bb. Eingruppierung	109
cc. Versetzung, Umsetzung, Abordnung	120
dd. Exkurs: Zustimmungsverweigerung	128
ee. sonstige Mitbestimmungsrechte in personellen Angelegenheiten	143
b. Soziale Angelegenheiten	144
aa. Sozialeinrichtungen	144
bb. Aufstellung eines Sozialplans	145
c. Rationalisierungs-, Technologie- und Organisationsangelegenheiten	147
aa. Technische Einrichtungen zur Überwachung der Arbeitnehmer	147
bb. Neue Arbeitsmethoden	149
cc. Maßnahmen zur Hebung der Arbeitsleistung	150
cc. Errichtung von Arbeitsplätzen außerhalb der Dienststelle	151
dd. sonstige Rationalisierungs-, Technologie- und Organisationsangelegenheiten	151
d. Angelegenheiten unterschiedlicher Art	151
aa. Arbeitszeit	152
bb. Überstunden oder Mehrarbeit	154
cc. Zeit, Ort und Art der Auszahlung der Dienstbezüge und Arbeitsentgelte	155
dd. Urlaubsplan, Lage der Urlaubszeit	155
ee. Gestaltung des Entgelts / Lohngestaltung	156
ff. Ordnung und Verhalten in der Dienststelle / im Betrieb	159
2. Sonderregelung für Kündigungen	161
3. Mitwirkungstatbestände	162
a. Verwaltungsanordnungen	162
b. Stellenausschreibung	163
c. Betriebsstilllegungen und Dienststellenaufösungen	164
d. Personalplanung	165
e. Aufträge zur Überprüfung der Organisation oder Wirtschaftlichkeit einer Dienststelle durch Dritte	165
f. Beschäftigtenförderung	166

4.	Sonstige Beteiligungstatbestände	166
VIII.	Die Beteiligungsverfahren	167
1.	Information der Beschäftigtenvertretung	167
a.	Information des Personalrats	167
b.	Information des Betriebsrats	169
2.	Das Mitbestimmungsverfahren	171
a.	Das Verfahren auf Initiative der Dienststelle / des Arbeitgebers	171
aa.	Das Verfahren auf Initiative der Dienststelle	172
bb.	Das Verfahren auf Initiative des Arbeitgebers	177
b.	Das Verfahren auf Initiative der Beschäftigtenvertretung	179
aa.	Das Initiativrecht im Landespersonalvertretungsgesetz Nordrhein-Westfalen	180
bb.	Das Initiativrecht des Betriebsrats	185
cc.	Das individuelle Initiativrecht	186
3.	Das Mitwirkungsverfahren	188
4.	Das Anhörungsverfahren	190
a.	Die Anhörung nach § 74 LPVG NRW	190
b.	Die Anhörung nach § 75 LPVG NRW	191
5.	Der Erlass vorläufiger Regelungen	192
IX.	Rechtsfolgen von Verstößen gegen Rechte der Beschäftigtenvertretung	194
1.	Die Rechtslage nach dem Landespersonalvertretungsgesetz Nordrhein-Westfalen	197
2.	Die Rechtslage nach dem Betriebsverfassungsgesetz	198
3.	Rechtsfolgen von Verstößen gegen Beteiligungsrechte	199
a.	Einstellung	199
b.	Befristung	208
c.	Eingruppierung	208
d.	Höher- und Herabgruppierung	210
e.	Übertragung einer höher oder niedriger zu bewertenden Tätigkeit	211
f.	Stufenzuordnung, Verkürzung oder Verlängerung der Stufenlaufzeit, Bestimmung einer Fallgruppe	212
g.	Versetzung	213

h.	Gestaltung des Entgelts innerhalb der Dienststelle	217
i.	Kündigung	218
j.	Informationspflicht	219
k.	Beteiligungsverfahren	219
l.	Dienst- und Betriebsvereinbarungen	220
X.	Sanktionsregelungen	220
1.	Der Ausschluss eines Mitglieds der Beschäftigtenvertretung und die Auflösung der Beschäftigtenvertretung	221
2.	Die Haftung des Arbeitgebers	222
a.	Unterlassungsansprüche	222
aa.	Unterlassungsansprüche bei groben Verstößen	223
bb.	Unterlassungsansprüche außerhalb der Beteiligungsrechte	225
cc.	Unterlassungsansprüche bei Verstößen gegen Beteiligungsrechte / allgemeiner Unterlassungsanspruch	226
b.	Durchführungsansprüche	247
XI.	Rechtsschutz	249
1.	Besetzung der Gerichte	249
2.	Das Beschlussverfahren	249
a.	Das personalvertretungsrechtliche Beschlussverfahren	250
b.	Das betriebsverfassungsrechtliche Beschlussverfahren	256
XII.	Der Einfluss der Gewerkschaften	259
XIII.	Ergebnis des Vergleichs	260
D.	Gesamtergebnis	265
	Literaturverzeichnis	269
	Sachverzeichnis	289